

## **Der Neokonservatismus und das Ende des „Sozialdemokratischen Zeitalters“**

---

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tülow (Niedersachsen), Studium der Politik, Geschichte und Philosophie in Frankfurt/M. und Cambridge (USA), ist seit 1984 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

### I.

Seit vom Neokonservatismus in der Bundesrepublik die Rede ist, stand die Entkollektivierung der Interessen und Rechte der Arbeitnehmer im Zentrum seines Forderungskatalogs.<sup>1</sup> Starre Tarifverträge, angeblich überzogener Kündigungsschutz und zu hohe Lohnkosten sowie eine progressive Besteuerung und eine egalitäre Bildungspolitik kämen nur denen zu gute, die als „Drückberger“ und Nutznießer der sogenannten „sozialen Hängematte“ sich wei-

---

<sup>1</sup> Vgl. Richard Saage, Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: ders., Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt/M 1983, bes. S. 257 ff.

gelten, mehr Selbstverantwortung in der Sozialpolitik zu übernehmen. Angesichts der ausufernden Sozialleistungssysteme müsse der Staat auf seine eigentlichen Aufgaben zurückgeschnitten werden.<sup>2</sup> Unterdessen sind diese Postulate längst keine reaktionäre Vision mehr; sie werden zielstrebig auf Regierungsebene in die Tat umgesetzt. Das Ziel, eine „Amerikanisierung“ bzw. „Japanisierung“ der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen,<sup>3</sup> vor Augen, hat der Neokonservatismus auf legislativem Wege bereits Fakten geschaffen, die, wenn nicht alles täuscht, auf eine gravierende Veränderung der Struktur der Bundesrepublik hinauslaufen: „Die Staatsgewalt (...) verstand sich - solange das Sozialprodukt stieg bzw. die Steigerung von relativ kurzen Krisen unterbrochen war - als Instanz des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit (...). Einen solchen Ausgleich der Staatsgewalt gibt es heute nur noch als Propaganda. Die von Konservativen und Wirtschaftsliberalen betriebene Wirtschaftspolitik favorisiert - weil man meint, die ‚Wirtschaft‘ damit ankurbeln zu können -, offen die Interessen der Unternehmer. Zur gleichen Zeit werden Hilfeleistungen für die Arbeitnehmerseite abgebaut“.<sup>4</sup>

Die Neokonservativen wissen, daß der geplante und bereits in Gang gesetzte Umbau der Gesellschaft zukunftsfähige Leitbilder voraussetzt, mit denen sich Massen identifizieren können. Die Umriss der Zukunft, die der bundesrepublikanische Neokonservatismus mit seinen Inhalten zu besetzen sucht, hat Hans-Dietrich Genscher in einer bemerkenswerten Rede vor Bankiers und Unternehmern in Bielefeld bereits im April 1985 skizziert. Er verkündete das Ende des „sozialdemokratischen Zeitalters“ und den Beginn einer neuen liberalen Epoche. Die sozialdemokratische Hegemonie sah er durch folgende Tendenzen charakterisiert: wachsende Staatsintervention, Umwandlung des Sozialstaates in den Wohlfahrtsstaat, Tendenz zu mehr Gesetzen und Verordnungen sowie einer wachsenden Bürokratie, Aufstieg des Staates „zum anscheinend allmächtigen Garanten von Wachstum und Vollbeschäftigung“ im Rahmen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, progressive Besteuerung bis zum Normalverdiener hinab und eine egalitäre Bildungspolitik. Der sozialdemokratische Hegemon habe das Signum der Vermassung getragen. Deren Kennzeichen seien standardisierte Massenproduktion, Massenmedien, Vereinheitlichung der Lebensweisen, der Trend zur Außenleitung des Menschen und zum Konformismus. Angesichts dieser an Orwells „1984“ gemahnenden Schreckensvision hätten sich jedoch zum Glück im Schöße dieser sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft die Kräfte formiert, die den dialektischen Umschwung herbeiführen und das negieren, was jene auszeichnete: „Das neue Leitwort heißt: ‚Intrapreneur<sup>5</sup> -Kleinunternehmer innerhalb des Großunternehmens ... Der neue Trend ist in seiner vollen Stärke bereits

---

2 Vgl. hierzu die kritischen Ausführungen von Ernst Breit, Neokonservatismus - ein gefährlicher Weg, in: Die Mitbestimmung, Sonderheft zum Hans-Böckler-Forum „Demokratie und Sozialstaat. Zur Kritik des Neokonservatismus“, 32. Jg. (1986), S. 3 f.

3 Vgl. hierzu Siegfried Bleicher, Krise und Krisenbewältigung. Gewerkschaftliche Ansätze zu einer humanen Reform der Industriegesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Ausstieg? Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft, Hamburg 1985, S. 125 f.

4 Jürgen Seifert, Das Recht der Arbeitnehmer zum Protest, in: Demokratie und Sozialstaat, S. 17.

sichtbar in den USA. Es sind kleine und mittlere Unternehmen, die der Revolution in der Informationstechnologie ihre Schubkraft geben. Mit einer Zeitverschiebung von zehn Jahren beginnt sich nun auch in Europa der neue Trend zum selbständigen Unternehmertum durchzusetzen. Wirtschafts- und Steuerpolitik müssen diesen Trendumschwung endlich voll zur Kenntnis nehmen und mit aller Kraft fördern“.<sup>5</sup>

Diese Perspektive vorausgesetzt, entspricht das neokonservative Zukunftsbild im Kern dem, was Max Frisch kürzlich auf eine prägnante Formel brachte: „Da die Vereinigten Staaten von Amerika unsere Schutzmacht sind, wird der Aufstand der Reichen gegen die Armen, der dort geglückt ist, unaufhaltsam auch in Europa, obschon wir keine 25 Prozent Analphabeten haben wie die Vereinigten Staaten“.<sup>6</sup> Gewiß, Genscher betonte, der „neue Liberalismus“ wolle die Leistungen der vorhergegangenen Epoche nicht antasten: „der Sozialstaat, Freiheit und menschliche Solidarität gehören in der neuen Epoche zusammen“.<sup>7</sup> Doch kontrastiert diese Versicherung in merkwürdiger Weise mit dem vehement vorgetragenen Imperativ, im Zeitalter des „neuen Liberalismus“ seien die kollektiven Schutzrechte der Arbeitnehmer rigoros zu beschneiden. Wer garantiert den Sozialstaat, wenn das Tarifvertragswesen unterminiert, die Streikfähigkeit geschwächt und die Organisationsmacht der Gewerkschaften gebrochen wird? Wie soll Solidarität Zustandekommen, wenn das ausgesprochene Ziel die Hegemonie der mittleren und kleineren Unternehmer in einer konkurrenzbezogenen Wirtschaft ist? Und was ist eine Freiheit wert, die sich nicht auf die Bedürfnisse aller, sondern auf die einer erfolgreichen, aber skrupellosen Elite bezieht?

## II.

Welches Integrationsmuster stellt der bundesrepublikanische Neokonservatismus dem sozialstaatlichen Kompromiß gegenüber? Vieles deutet darauf hin, daß wir es mit zwei konkurrierenden Ansätzen zu tun haben, die sich, bestimmte Bedingungen vorausgesetzt, durchaus ergänzen können, aber analytisch zu unterscheiden sind. Auf der einen Seite setzt sich im neokonservativen Spektrum immer mehr ein Freund-Feind-Denken durch, das, ganz im Sinne Carl Schmitts,<sup>8</sup> einen eindeutigen Primat der Politik gegenüber den organisierten gesellschaftlichen Interessen wiederherzustellen sucht. Charakteristisch für diesen Dezisionismus war die Eile, mit der die christlich-liberale Koalition in Bonn die Novellierung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes verabschiedete. Dieses Lehrstück ließ die Konturen eines „parlamentarischen Dezisionismus“<sup>9</sup> erkennen, dessen Muster uns in der deutschen Geschichte

5 Hans-Dietrich Genscher, Der politische Liberalismus rückt wieder in das Zentrum, in: Frankfurter Rundschau vom 4. 5.1985. Auf diesen Artikel beziehen sich die folgenden Zitate.

6 Max Frisch, Ein Aufruf zur Hoffnung ist heute ein Aufruf zum Widerstand, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 133 vom 12. 6.1986, S. 25.

7 Genscher, Der politische Liberalismus.

8 Vgl. Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin 1963.

9 So Seifert, in: Demokratie und Sozialstaat, S. 11.

nur allzu bekannt ist: Im Sinne eines Primats der Politik werden Entscheidungen von größter Tragweite getroffen, die „vor dem Kommunikationszusammenhang“ der Betroffenen stehen: Die Frage ihrer Akzeptanz erscheint dann nur noch als ein Problem sozialtechnisch vermittelter „Legitimitätspropaganda“.<sup>10</sup> Ein Grundprinzip des demokratischen Sozialismus hat immer darin bestanden, daß die politische Entscheidung auf einem Konsens zu beruhen hat, der durch demokratische Mehrheiten, durch Diskussionen und Kompromiß zu erreichen ist. Demgegenüber definiert das neokonservative Selbstverständnis Politik vom Ausnahmezustand her: Sie wird gleichgesetzt mit der autoritären Deziision des starken Staates, der den inneren und äußeren Feind bestimmt und neutralisiert. Symptomatisch für dieses Politikverständnis ist ein Artikel, den Karl-Heinz Bohrer 1982 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichte. Bohrer ging es um eine Kritik der Darstellung des Falkland-Konfliktes in den westdeutschen Massenmedien. Indem Fernsehen und Presse die Kriegsbegeisterung der Briten als „Hurra-Patriotismus“ diffamierten, hätten sie in Wirklichkeit ein völliges Unverständnis der nationalen Prinzipientreue und Identität der Engländer offenbart, die den Westdeutschen abhanden gekommen sei: Sie „werden lernen müssen, daß ihre eigene geschichtliche Katastrophe oder Desillusionierung in der Niederlage den Wert des Patriotismus<sup>3</sup> keineswegs relativierte; oder sie laufen weiter einer politischen Lebenslüge nach“.<sup>11</sup> Insbesondere die Psychologie der Konfliktvermeidung habe die Westdeutschen unfähig gemacht, den Ausnahmezustand sich auch nur vorzustellen, geschweige denn, bestehen zu können: „Opportunistisch und voyeuristisch verstehen sie nicht die Symbole des Ernstfalls. Letztlich Unbeteiligte, verwandeln sie den Ernstfall immer in einen Verhandlungsfall und diesen dann in einen moralisch-modernen Vorwurf gegen solche, die den Ernstfall begriffen und akzeptiert haben“.<sup>12</sup> Eine solche *Händlermentalität* offenbare ihre „winselnde Harmlosigkeit“ in der Bereitschaft, „dem Gegner die Kehle hin(zu)halten, ganz unschuldig“.<sup>13</sup>

Ohne Zweifel stellt das Aufleben des Freund-Feind-Denkens innerhalb des neokonservativen Lagers die entscheidende Brücke zum Rechtsradikalismus dar, auch wenn es analytisch und politisch dringend geboten erscheint, zwischen beiden Strömungen zu unterscheiden. Typisch für diesen Trend ist das Buch von Bernard Willms „Die deutsche Nation“.<sup>14</sup> Willms geht von der These aus, die deutsche Identität könne nur über Feindbestimmungen hergestellt werden. Außenpolitisch ist „die Sowjet-Union... der aktuelle Feind der deutschen Nation“: Die DDR als Teil der deutschen Nation ist eben diesem Feind, der Sowjet-Union, ausgeliefert. Gleichzeitig gibt es aber auch eine „innere Front“, an der der Kampf um das Nationalbewußtsein tobt. „Willms

---

10 Vgl. Oskar Negt, Gesellschaftliche Wirkungen des Neokonservatismus, in: Demokratie und Sozialstaat, S.U.

11 Karl Heinz Bohrer, Falkland und die Deutschen. Vom Ethos der Mainzelmännchen. Eine Polemik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 5.1982, S. 25.

12 Bohrer, Falkland, S. 25.

13 Bohrer, Falkland, S. 25.

14 Bernard Willms, Die Deutsche Nation. Theorie, Lage, Zukunft, Köln-Löwenich 1982.

selbst hat, indem er alles, was nach ‚Gesinnung‘ riecht, als ‚Bürgerkriegsposition<sup>5</sup> bezeichnet, sich den inneren Frontkämpfern eingereicht. Von Demokratie und Verfassung ist an der ‚inneren Front‘ übrigens kaum die Rede, um so mehr jedoch an der ‚äußeren Front‘.<sup>15</sup> Es ist klar, daß das Freund-Feind-Denken die Negation des demokratischen Rechtsstaats voraussetzt, weil es grundsätzlich die Bildung eines demokratischen Mehrheitswillens ebenso suspendieren muß wie den Minoritätenschutz. In den „Deutschen Monatsheften“, einer Zeitschrift, die um den Schulterschuß von Rechtskonservativen und Neuen Rechten bemüht ist, heißt es denn auch: „Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten“, und es wird ‚Mut‘ verlangt, ‚mit der parlamentarischen Demokratie als dem Resultat einer von außen begünstigten Fehlentwicklung zu brechen‘. Für Antifaschisten, so schreibt diese Zeitschrift, sei ‚im künftigen Deutschland kein Platz‘.<sup>16</sup> Es wäre gewiß falsch, diese Thesen unmittelbar dem Neokonservatismus zuzuordnen zu wollen. Doch kann kaum bestritten werden, daß unter seiner Vorherrschaft Hemmschwellen gegenüber dem Rechtsradikalismus gesenkt wurden. Erst diese Verschiebung des politisch-geistigen Spektrums nach rechts ermöglichte, was in der sozialliberalen Ära undenkbar erschien: Daß nämlich Unionspolitiker sich öffentlich durch antisemitische Äußerungen zu profilieren suchten.

Auf der anderen Seite wird versucht, der Option für eine offen autoritäre Befriedigung des wachsenden Integrationsbedarfs der Gesellschaft dadurch auszuweichen, daß die alten Konsensmechanismen wie Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, sozialstaatliche Umverteilung etc. durch eine modernisierte Konzeption des „Technischen Staates“ ersetzt werden.<sup>17</sup> Der ältere technokratische Konservatismus stilisierte die Maschinen- und Fließbandtechnik zum „mythischen Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses. Sie wird (...) zum letzten - wengleich negativen Mythos der späten bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates“.<sup>18</sup> Freilich bleibt hinzuzufügen, daß dieser Mythos nur dann glaubwürdig erscheint, wenn er den jeweils letzten Stand der Technik für sich reklamieren kann: Der neuere technokratische Konservatismus hat denn auch entschieden die Wende zu den Neuen Technologien vollzogen. Ihnen werden Auswirkungen zugeschrieben, die geeignet erscheinen, einen gesellschaftlichen Konsens jenseits einer sozialstaatlich vermittelten Kompromißbildung zu ermöglichen. Die dritte industrielle Revolution zeige einen Ausweg aus den Strukturproblemen ihrer Vorgängerinnen, nämlich Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit und Arbeitsplatzzerstörung. „Die neuen Technologien sind umweltschonend, ja umweltfördernd. Dies gilt bereits für die Mikroelektronik und Optoelektronik, die in großem Umfang Rohstoffe und Energie sparen

15 Herfried Münkler, Die „deutsche“ Nation als politische Identität, in: Leviathan, 12. Jg. (1984), S. 151.

16 Zit. nach Arno Klönne, Zurück zur Nation? Risiken der Suche nach deutscher Identität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 37. Jg. (1986), S. 10.

17 Vgl. hierzu Richard Saage, Zur Aktualität des Begriffs „Technischer Staat“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 37. Jg. (1986), S. 37-47.

18 Walter Euchner, Rezension v. Ernst Forsthoff, Der Staat, in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 99 (1974), S. 181.

helfen. Und dies wird vor allem für die Biotechnologie gelten, die alte umweltbelastende Produktionsverfahren durch natürliche, umweltverträgliche Verfahren ablösen wird. Wer die neuen Techniken vorantreibt, kann also auch den Umweltschutz vorantreiben ... Rationalisierung hat die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhöht und eine arbeitsplatzschaffende Steigerung der Produktion mit sich gebracht. Neue Arbeitsplätze entstehen aber vor allem in großer Zahl in den Industrien, die die neuen Produkte: die Roboter, die Computer usw., herstellen“.<sup>19</sup>

Nun besteht der *Silicon-Valley-Mythos* nicht darin, daß für die Einführung der Neuen Techniken optiert wird. Mythologische Qualität gewinnen sie im neokonservativen Paradigma erst in dem Maße, wie verschwiegen wird, wer die sozialen Kosten ihrer Durchsetzung zu zahlen hat. Entscheidend ist nämlich auch für den neueren technokratischen Konservatismus, daß er die Primärfunktion seines „Technischen Staates“ nicht im Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit sieht. Zwar gewinnt er Gestaltungsfunktionen in einem Umfang zurück, wie der ältere technokratische Konservatismus sie nicht kannte. Weit davon entfernt, lediglich eine laufende Apparatur sachgemäß zu bedienen,<sup>20</sup> erhebt der Staat, wie das fortgeschrittenste Modernisierungskonzept des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zeigt, Anspruch auf eine Art neo-merkantilistischer Technologiepolitik.<sup>21</sup> Sie umfaßt nicht nur Technologieberatung und Technologietransfer für kleinere und mittlere Unternehmen, sondern betreibt auch die Errichtung von Technologieparks- und -fabriken in der Nähe geeigneter Universitäten. Auch fördert der Staat die Fusion großer Betriebe wie Daimler, Dornier und AEG, sofern dies der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dient. Doch ist die Organisation derjenigen, die die sozialen Kosten dieser technologischen Umwälzung vor allem zu tragen haben, nämlich die Gewerkschaften, von der Planung der Ziele der Technologieentwicklung ausgeschlossen. Das Entscheidungsmonopol liegt vor allem bei der „Wirtschaft“, sekundiert von der Wissenschaft und dem Staat, der die notwendige Infrastruktur schafft und für ein innovationsfreudiges Klima sorgt. So gesehen, wird man den „Technischen Staat“ neuer Prägung genauso einen Unternehmerstaat nennen müssen, wie Forsthoff ihn im Rahmen des älteren technokratischen Paradigmas bestimmte: Ausdrücklich beschränkt er sich dort, wo es um den *Inhalt* der Produkte der Neuen Technologien geht. Auf sie nimmt der Staat keinen Einfluß; denn: „An einer wagnisorientierten unternehmerischen Entscheidung vorbei führt kein verlässlicher technokratischer Weg zum wirtschaftlichen Erfolg“.<sup>22</sup>

Der Neokonservatismus modifiziert aber nicht nur die gesamtgesellschaftlichen Integrationsmechanismen, um die destabilisierenden Folgen des wissen-

---

19 Hans-Dietrich Genscher, Die technologische Herausforderung, in: Außenpolitik, 1/1984.

20 Vgl. Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, Köln und Opladen 1961, S. 26.

21 Vgl. Richard Saage, Gesellschaft, Staat und Technik im Neokonservatismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 36. Jg. (1985), S. 573 ff.

22 Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 119.

schaftlich-technischen Fortschritts aufzufangen, mit denen der ältere technokratische Konservatismus in diesem Umfang nicht rechnete. Dessen Erwartung, daß wachsende Arbeitsteilung und gesteigerte Wohlstandserwartungen die reibungslose Verinnerlichung jener Sekundärtugenden begünstigen würde, die zum Funktionieren der „wissenschaftlichen Zivilisation“ unabdingbar sind, begegnet er gleichfalls mit Skepsis. Ausdrücklich wird betont daß man es mit dert, „was in der AILtagskultur vorhanden ist und, von selbst wächst“<sup>23</sup>, nicht bewenden lassen kann. „Die Evolution einer komplexen Gesellschaft vollzieht sich nicht gänzlich spontan und naturwüchsig“.<sup>23</sup> Da ihr stets eine Vielfalt von „alternativen Zukünften“<sup>24</sup> innewohne, sei deren „richtige“ Modellierung zum Gegenstand einer „Wertkulturpolitik“ zu erheben. Sie hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Auf der einen Seite wird sie die schulischen Sozialisationsinstanzen auf die Einübung von Pflicht- und Akzeptanzwerten verbindlich festlegen müssen. Bereits 1978 fand in Bonn-Bad Godesberg ein Kongreß unter dem Titel „Mut zur Erziehung“ statt, der neun Thesen verabschiedete.<sup>25</sup> Sie lassen sich auf drei Hauptaussagen reduzieren. Die zentrale Prämisse der „Thesen“ ist, daß das Glück der Schüler im „Tun des Rechten“ bestehe. Was jedoch das „Rechte“ ist, schreiben die institutionalisierten Vorgegebenheiten des jeweiligen Herrschaftssystems vor. Die Folgen dieser pädagogischen Option sind unausweichlich: das optimale Funktionieren des einzelnen in gegebenen Herrschaftsverhältnissen wird mit der Erreichung seines Glücks gleichgesetzt. Der einzelne hat, so wird unterstellt, keine Interessen, die der staatlich verfaßten Gesellschaft vorgegeben sind. Interessen bilden sich immer erst, *nachdem* der einzelne in die Lebensverhältnisse eingeführt worden ist, die von sozialen und politischen Institutionen geprägt wurden. Infolgedessen sind die Individuen auch nicht in der Lage, ihre Interessen von den durch die Institutionen zugewiesenen Rollen zu unterscheiden. Aus dem bisher Gesagten folgt notwendig die Forderung nach der Einübung sekundärer Tugenden wie Gehorsam, Disziplin, Sauberkeit, Pünktlichkeit usw. Nun ist gegen die Einübung „sekundärer Tugenden“ nichts einzuwenden, wenn sie durch andere Tugenden ergänzt und korrigiert werden, die der individuellen Selbstbestimmung verpflichtet sind. Doch in den „Thesen“ werden sie als die ausschließlichen normativen Vorgaben propagiert, an die sich die Pädagogik zu halten hat. Was zählt, ist nicht mehr das Bewußtsein vorstaatlicher Rechte, ohne das Kritikfähigkeit und Kritikbereitschaft verkümmern müssen, sondern das Funktionieren der Schüler im vorgegebenen Herrschaftssystem.

Auf der anderen Seite hat die sogenannte „Wertkulturpolitik“ dafür zu sorgen, daß die *Selbstentfaltungswerte* des einzelnen strikt auf die Sphäre vorpolitischer Privatheit begrenzt bleiben. „Seit der Antike“, heißt es im

---

23 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 45.

24 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 45.

25 Vgl. Mut zur Erziehung — Die neun Thesen, in: Hochschulpolitische Informationen, 9. Jg. (1978) vom 27.1.,

S. 13. Kritisch hierzu Ernst Tugendhat, Totalitäre Tendenz. Es wird eine Schule anvisiert, die Untertanen, nicht Bürger erzieht, in: Die Zeit, Nr. 23,2. 6.1978, S. 48.

„Bericht“ der Späth-Kommission, „wird als amöner Ort der Garten besungen, und wieso die Zahl der Gartenfreunde heute erneut wächst, ist auf dem Hintergrund der skizzierten Zusammenhänge leicht erklärt: Sind einmal die Salatpflänzchen - obwohl man ja Salat, allenfalls, auch wohl über Einkäufe in Gemüseläden sich leisten könnte - gesetzt, so wollen sie begossen sein, und daß sie gedeihen, ist über erhebliche Zeiträume hinweg eine verlässliche Quelle von Dauerfreuden“.<sup>26</sup> Auch die sozialen Konsequenzen einer so verstandenen „Selbstentfaltung“ sind erwünscht: „Gemeindefeuerwehrvereine haben über Mitgliedermangel nicht zu klagen; Jugendgruppen und Altersabteilungen bilden Subformationen; die Geselligkeitsbedürfnisse sind reichlich bedient. Der Ernstfall bricht dann und wann lebensernststiftend ein; die Bewährung findet ihre Anerkennung, und all das ist über seinen gesetzlichen Rahmen auch mit den politischen Institutionen verbunden. Das bedeutet: Dispositionsfreiheit hat sich in Bürgersinn verwandelt“.<sup>27</sup> Freilich teilt dieser „Bürger“ mit dem „Citoyen“ der Aufklärung nicht einmal dessen Schatten. Es geht dem Neokonservatismus nicht darum, daß der einzelne aus dem Kommunikationszusammenhang der „Privatheit“ in die politisch relevante Öffentlichkeit tritt, um rasonierend und autonom zugleich sich mit den anderen über das „bonum commune“ zu verständigen. Der Wert dieser „vereinsmäßigen und sonstigen Zusammenschlüsse“ wird vielmehr in ihrer „frustrationsbindenden“ Kraft gesehen.<sup>28</sup> Sie hilft ordnungspolitische Rahmenbedingungen garantieren, innerhalb derer sich in einer komplexen Gesellschaft „die Vernunft der ‚kompetenten‘ einzelnen frei und sicher entfalten und bewähren kann“.<sup>29</sup>

### III.

Wie soll die demokratische Linke inhaltlich auf die neokonservative Herausforderung reagieren? Wie ist zu verhindern, daß in den nächsten Jahren die Zwei-Drittel-Gesellschaft vollends zum Zuge kommt? Auf diese Fragen sind nur dann befriedigende Antworten möglich, wenn folgende Tatbestände ernst genommen werden:

1. Es wäre fatal, würde man den Neokonservatismus als bloße Ideologie abtun. Wenn er z. B. die Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Bestimmungen fordert, kann er auf *reale* Produktionserfordernisse ebenso verweisen wie auf das *tatsächliche* Streben breiter Schichten der Bevölkerung nach Individualisierung des Lebens. Nicht wenige neokonservative Veränderungsmuster tragen also durchaus der Befriedigung zumindest materieller Teilbedürfnisse Rechnung.<sup>30</sup> Trotz dieses Realitätsvorteils könnte seine massenwirksame Attraktivität dann gebrochen werden, wenn es gelänge, seine eigene Widersprüchlichkeit hinlänglich zu verdeutlichen.<sup>31</sup> Einerseits wird der Neokonservatismus

---

26 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 36.

27 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 36.

28 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 37.

29 Kommission „Zukunftsperspektiven“, S. 45.

30 Vgl. Negt, *Gesellschaftliche Wirkungen*, S. 11.

31 Vgl. hierzu Mng Fetscher, *Widersprüche im Neokonservatismus*, in: *Merkur* 2/1980, S. 107-122.



nicht müde, auf die traditionellen Werte wie Solidarität, Anstand, Pflicht und Treue zu verweisen. Andererseits zeichnet er sich durch eine affektive Bindung an den Kapitalismus aus, der durch den von ihm induzierten Egoismus und Hedonismus, verbunden mit Konkurrenzdenken, eben jene Tugenden fortwährend unterminiert. Dieser Zusammenhang läßt sich am Beispiel der neokonservativen Medien- und Familienpolitik verdeutlichen.<sup>32</sup> So wird die Verkabelung im großen Stil vorangetrieben mit der Folge, daß die Medien möglichst lückenlos die Menschen in ihre Obhut nehmen. Zugleich sieht aber die „Wertkulturpolitik“ des Neokonservatismus eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die Familie als Fundament des Gemeinwesens zu schützen. In dem Maße also, wie der Neokonservatismus im Bereich der Medien die Produktivkräfte entfesselt, trägt er zur Zerstörung dessen bei, was er als eines seiner wichtigsten Fundamente begreift: die Familie.

2. Die Linke und insbesondere die Sozialdemokratie wird zur führenden Kraft einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik aufsteigen müssen. In diesem Zusammenhang ist mit aller Dringlichkeit zu fordern, daß die Neuen Techniken nicht in Gestalt einer wiederauflebenden Maschinenstürmerei veräußert, sondern, in den Dienst emanzipatorischer Zielsetzungen gestellt, vorangetrieben werden. Ein solches Projekt hat freilich nur dann Realisierungschancen, wenn Teile der technischen Intelligenz für eine aktive Reformpolitik gewonnen werden können. Umgekehrt wäre es freilich falsch, angesichts des Siegeszuges der Neuen Techniken das Scheitern und das Ende der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wer so argumentiert, übersieht, daß die alten Fronten zwischen Kapital und Arbeit auch und besonders unter dem Einfluß der Neuen Technologien bestehen bleiben: Nach wie vor bezeichnet dieses Konfliktfeld des Industriesystems als der „entscheidenden Stütze materieller Reproduktion ein Machtzentrum der Gesellschaft“.<sup>33</sup> Diejenigen, die es kontrollieren, verfügen über eine „gesamtsellschaftliche Schlüsselposition“.<sup>34</sup> Zugleich sind Ansätze einer Neuformierung der Arbeiterschaft unverkennbar, auf die Kern/Schumann hingewiesen haben: Sie sprechen im Zusammenhang mit der Einführung der Neuen Technologien in den industriellen Kernsektoren vom möglichen Ende der Arbeitsteilung und der Reprofessionalisierung der Produktionsarbeit. Der aufgeklärte Einsatz des Produktionsfaktors „mündiger Arbeiter“ aber setzt den Abbau oder doch die Reduktion von Herrschaft und Repression voraus. Trifft diese Zustandsbeschreibung zu, so ist die Erwartung keinesfalls illusorisch, daß sich die Reprofessionalisierung der Arbeit in eine Reprofilierung der Arbeiterbewegung umsetzen könnte.<sup>35</sup> Eine erneuerte mehrheitsfähige Linke durchbricht also den sinnstiftenden Traditionszusammenhang der alten

---

32 Vgl. den Diskussionsbeitrag von Negt, in: Demokratie und Sozialstaat, S. 26 f.

33 Horst Kern/Michael Schumann. Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion, München 1984, S. 326 f.

34 Kern/Schumann, S. 326 f.

35 Vgl. zusammenfassend Helga Grebing, Abschaffung der Arbeit - ohne Arbeiterbewegung?, in: dies., Arbeiterbewegung und politische Moral. Aufsätze, Kommentare und Berichte zur Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung, Hannover 1985, S. 267-289.

Arbeiterbewegung nicht. Vielmehr nimmt sie die Rahmenbedingungen ernst, die mit der Einführung der Neuen Techniken gegeben sind, um alte normative Vorgaben einlösen zu können.